



NAP  
1325

# Frauen, Frieden und Sicherheit

Bericht über die Umsetzung  
des vierten Nationalen Aktionsplans  
der Schweiz zu Frauen, Frieden  
und Sicherheit (NAP 1325)

Umsetzungsphase 2018–2019

2018–2019



# Inhaltsverzeichnis

---

<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>4</b>
------------------------------	----------

---

<b>1 Einleitung</b>	<b>5</b>
---------------------	----------

---

<b>2 Umsetzung des vierten Nationalen Aktionsplans 1325</b>	<b>7</b>
Ziel 1: Wirkungsvoller Einbezug von Frauen in die Konfliktprävention	8
Ziel 2: Mitwirkung und Einfluss von Frauen in der Konfliktbeilegung und in Friedensprozessen	10
Ziel 3: Schutz vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in Konflikt-, Flucht- und Migrationskontexten	12
Ziel 4: Beteiligung von Frauen an Friedenseinsätzen und in der Sicherheitspolitik	14
Ziel 5: Multi- und bilaterales Engagement der Schweiz zu «Frauen, Frieden und Sicherheit»	16

---

<b>3 Einschätzung der bisherigen Umsetzung des vierten Nationalen Aktionsplans 1325 und Ausblick auf die Jahre 2020–2021</b>	<b>18</b>
--	-----------

# Abkürzungsverzeichnis

AMS	Abteilung Menschliche Sicherheit
BAG	Bundesamt für Gesundheit
BJ	Bundesamt für Justiz
CEDAW	Convention on the Elimination of Discrimination against Women
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DRK	Demokratische Republik Kongo
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
ESCWA	United Nations Economic and Social Commission for West Asia
EU	Europäische Union
GBV	Gender-Based Violence (geschlechtsspezifische Gewalt)
GNWP	Global Network of Women Peacebuilders
ICAN	International Civil Society Action Network
IDAG	Interdepartementale Arbeitsgruppe
LGBTQI*	Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer, Intersex and others
NAP	Nationaler Aktionsplan «Frauen, Frieden und Sicherheit» (NAP 1325)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-Governmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
NGOWG	NGO Working Group on Women, Peace and Security
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PVE	Prevention of Violent Extremism (Prävention von gewalttätigem Extremismus)
SDG	Sustainable Development Goals (nachhaltige Entwicklungsziele)
SEA	Sexual Exploitation and Abuse (sexuelle Ausbeutung und Missbrauch)
SEM	Staatssekretariat für Migration
SGBV	Sexual and Gender-Based Violence (sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt)
SOGI	Sexual Orientation and Gender Identities (sexuelle Orientierungen und Genderidentitäten)
UNIDIR	United Nations Institute for Disarmament Research
UNO	United Nations Organization
UNODA	UN Office for Disarmament Affairs
UNSR	United Nations Security Council Resolution (UNO-Sicherheitsratsresolution)
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz, Sport
WILDAF	Women in Law and Development in Africa
WILPF	Women's International League for Peace and Freedom
WPS	Women, Peace and Security (Frauen, Frieden und Sicherheit)
WPS-FPN	Women, Peace and Security-Focal Point Network

# 1 Einleitung

Die UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» (UNSR 1325) sowie die dazugehörigen Folgeresolutionen anerkennen, dass Frauen und Männer auf unterschiedliche Art und Weise von bewaffneten Konflikten betroffen sind und fordern eine gleichberechtigte Teilnahme von Frauen auf allen Ebenen der Friedens- und Sicherheitspolitik. Die Schweiz verabschiedete im Jahr 2007 als eines der weltweit ersten Länder ihren ersten Nationalen Aktionsplan (NAP 1325) zur Umsetzung der UNSR 1325 und ist dank ihrem langjährigen friedenspolitischen und humanitären Engagement eine glaubwürdige Akteurin im Bereich «Frauen, Frieden und Sicherheit».

Im Oktober 2018 wurde der vierte NAP 1325 (2018–2022) von der Interdepartementalen Arbeitsgruppe (IDAG 1325)<sup>1</sup> erarbeitet und lanciert. Als Grundlage für die vierte Auflage des NAP 1325 dienen Empfehlungen aus vorherigen Umsetzungsberichten, von UNO-Organen<sup>2</sup> und anderen Staaten sowie von der Zivilgesellschaft<sup>3</sup>. Zudem wurde der vierte NAP 1325 mit den aussenpolitischen Prioritäten der Schweiz und anderen, thematisch ähnlichen Aktionsplänen und Strategien harmonisiert.<sup>4</sup>

Der vierte NAP 1325 ist in fünf thematische Schwerpunkte gegliedert:

- 1. Wirkungsvoller Einbezug von Frauen in die Konfliktprävention**
- 2. Mitwirkung und Einfluss von Frauen in der Konfliktbeilegung und in Friedensprozessen**
- 3. Schutz vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in Konflikt-, Flucht- und Migrationskontexten**
- 4. Beteiligung von Frauen an Friedenseinsätzen und in der Sicherheitspolitik**
- 5. Multi- und bilaterales Engagement der Schweiz zu «Frauen, Frieden und Sicherheit».**

Der vierte NAP 1325 strebt an, dass Frauen aktiv und umfassend in lokale, nationale und internationale Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden. Dies soll unter anderem durch die Grundfinanzierung von nationalen und internationalen Frauenrechtsorganisationen, durch die öffentliche Anerkennung von Menschenrechtsverteidigerinnen sowie anhand gezielter Projekte in ausgewählten Kontexten (bspw. Mali, Myanmar, Ukraine) umgesetzt werden. Darüber hinaus wird eine wirkungsvollere Beteiligung von Frauen in Mediationsprozessen durch gezielte Schulungsmassnahmen gefördert. Der vierte NAP 1325 stärkt ausserdem den Schutz von LGBTQI\*-AktivistInnen und gehört damit zu der weltweit kleinen Gruppe von Nationalen Aktionsplänen, welche diverse sexuelle Orientierungen und Genderidentitäten (SOGI) explizit erwähnt, wenn auch bisher nur in einer Fussnote.

---

1 Mitglieder der IDAG 1325 sind VertreterInnen zuständiger Dienste aus den vier Departementen: Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA, Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS, Departement für Inneres EDI sowie Justiz und Polizeidepartement EJPD.

2 Wie etwa dem UNO-Ausschuss zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW-Ausschuss).

3 Frauen Frieden Sicherheit –reloaded. Zivilgesellschaftlicher Alternativbericht zum Nationalen Aktionsplan 1325 aus der Genderperspektive Impulse für Akteurinnen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Bern: 2016.

4 Dazu gehören die EDA-Strategie zu Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten (2017), Aussenpolitische Strategie (2016 – 2019), Strategie zur humanitären Minenräumung (2016 – 2019), Schweizer Gesundheitsausserpolitik, Aussenpolitischer Aktionsplan zur Prävention von gewalttätigem Extremismus (2016), Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel (2017 – 2020), EDA-Menschenrechtsstrategie (2016 – 2019), Schweizer Strategie zur internationalen Bekämpfung des unerlaubten Handels mit und des Missbrauchs von Kleinwaffen und leichten Waffen (2017–2020), Strategie zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten, Strategie zur Vergangenheitsbewältigung und Prävention von Gräueltaten (2017–2020), Leitlinien zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen.

Der Schutz vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt (SGBV) in Konflikt-, Flucht- und Migrationskontexten ist wie in vergleichbaren<sup>5</sup> NAP 1325 ein prominentes Thema.<sup>6</sup> Die Schweiz hat verschiedene Studien in Auftrag gegeben, die zu einem Erkenntnisgewinn und zu einer kontinuierlichen Verbesserung der bisherigen Umsetzungsmassnahmen beitragen. Geschlechteraspekte in der Prävention von gewalttätigem Extremismus (PVE) und die besondere Situation von Frauen in Kontexten von Migration, Flucht und Menschenhandel sind zwei Themenbereiche, die von der Schweiz bei der Ausarbeitung des vierten NAP 1325 als besonders wichtig eingestuft wurden. So konnte zu diesen Themen in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft eine besondere Expertise entwickelt werden, die nun genutzt wird, um internationale Dialoge, Diskussionen und politische Initiativen anzuregen. Im Einklang mit den jüngsten UNO-Sicherheitsratsresolutionen integrieren von der Schweiz unterstützte Projekte (etwa in der Mongolei, Myanmar und Nepal) auch Männer und Männlichkeiten – sowohl als Opfer von sexueller Gewalt in Konflikten als auch im Bereich der Gewaltprävention. Nebst diesen Projekten wird ziviles, polizeiliches und militärisches Einsatzpersonal in der Schweiz gezielt für Auslandseinsätze geschult, um sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt angemessen zu begegnen und diese zu verhindern. Ein thematischer Schwerpunkt stellt dabei, wie auch in den vorherigen NAP 1325, die Prävention von sexuellem Missbrauch und Ausbeutung (SEA) dar. Neu schliesst der NAP 1325 auch die Prävention von sexueller Belästigung mit ein.

Auf multilateraler Ebene brachte das Jahr 2019 sowohl Fortschritte als auch Rückschläge hinsichtlich der weltweiten Agenda zu «Frauen, Frieden und Sicherheit». Trotz zunehmender Kritik und Angriffen auf FrauenrechtsverteidigerInnen konnte die Agenda zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» weiterentwickelt werden. Es wurden allein im 2019 zwei neue Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats zum Thema verabschiedet.<sup>7</sup> Diese betonen unter anderem die Wichtigkeit opferzentrierter Massnahmen sowie die Provision von Entschädigungen an Opfer von sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten. Die Möglichkeit zu Sanktionsmechanismen, die als Reaktion auf systematische SGBV angewandt werden können, wurden erstmalig in einer Resolution festgehalten. Dabei werden auch Männer und Jungen als mögliche Opfer von sexueller Gewalt anerkannt. Zudem wird die Notwendigkeit des Schutzes von MenschenrechtsverteidigerInnen hervorgehoben, was insbesondere angesichts der zunehmenden Kritik gegenüber FrauenrechtsaktivistInnen in vielen Ländern wichtig ist. Die politische Gegenbewegung zu Frauenrechten, insbesondere im reproduktiven Gesundheitsbereich, war nicht zuletzt auch auf internationaler Ebene spürbar – unter anderem während den obgenannten

Resolutionsverhandlungen. In diesem Kontext ist es der Schweiz ein besonderes Anliegen, ihr Engagement zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» neu zu betonen und weiter voranzutreiben. Die Umsetzung der Verpflichtungen durch den NAP 1325 ist dabei eine von mehreren Massnahmen.

Der vorliegende Bericht zeigt anhand ausgewählter Massnahmen und erster Resultate, wie die Schweiz die UNSR 1325 zwischen Oktober 2018 und Ende 2019 umgesetzt hat. Es ist die erste Berichterstattung zum vierten NAP 1325. Der Bericht fasst mittels einiger Beispiele die bilateralen, multilateralen, nationalen sowie verwaltungsinternen Aktivitäten zur Umsetzung der fünf Ziele zusammen. Am Ende jedes Kapitels wird eine als besonders erfolgreich bewertete Massnahme gesondert hervorgehoben. Die Erkenntnisse aus dieser Berichterstattung dienen einerseits als Überblick über das bereits Erreichte und andererseits als Grundlage für die weitere Umsetzung und etwaige Anpassung der Massnahmen.

<sup>5</sup> Wie etwa denjenigen von anderen europäischen Ländern.

<sup>6</sup> Antonakis, Anna. Popovic, Nicola. Centring War's Side Effects: The Institutionalisation of Conflict-Related Sexual and Gender-Based Violence in International Law and Its Translation into National Action Plans. In: Gender Roles in Peace and Security, eds. Scheuermann. Zürich: Springer. S. 103-126, 2019.

<sup>7</sup> UN Security Council Resolution 2467. Women and peace and security: Sexual violence in conflict. S/RES/2467 (2019). New York: 23 April 2019. UN Security Council Resolution 2493. Women and peace and security. S/RES/2493 (2019). New York: 29 October 2019.

# 2 Umsetzung des vierten Nationalen Aktionsplans 1325

Die IDAG 1325 koordiniert die Umsetzung der geplanten Massnahmen unter Federführung der Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) des EDA. Der Schweiz ist bei der Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung des aktuellen NAP 1325 ein inklusiver und partizipativer Prozess besonders wichtig. Erstmals ist auch die Schweizer Zivilgesellschaft direkt an der Umsetzung beteiligt und steht in regelmässigem Kontakt mit der IDAG 1325. Ein Austausch und eine gute Vernetzung mit lokalen Organisationen in Partnerländern, Schweizer Vertretungen im Ausland und mit der Schweizer Öffentlichkeit und Politik wird speziell gefördert. Jede Organisationseinheit der IDAG 1325 ist selbst verantwortlich für die Planung, Finanzierung und Umsetzung der ihr zugeordneten Aktivitäten. Regelmässige Treffen, der vorliegende Zwischenbericht und eine interne Monitoring-Tabelle stellen die Massnahmen, Resultate und die Art der Berichterstattung immer wieder auf den Prüfstand und erlauben es, diese nötigenfalls den nationalen, internationalen und institutionellen Erfordernissen anzupassen. So wird der aktuelle NAP 1325 als «lebendiges» Dokument (living document) verstanden, welches Präzisierungen auch innerhalb der Umsetzungsphase zulässt. Dank quantitativen und qualitativen Indikatoren ist erkennbar, wo die Massnahmen in Bezug auf Planung und Umsetzung stehen. Darüber hinaus wurden interne Empfehlungen zur Methodik der Berichterstattung und zur Sinnhaftigkeit der Indikatoren generiert, damit entsprechende Anpassungen für die Schlussberichterstattung rechtzeitig erfolgen können.

Diese Art des interaktiven und koordinierten Monitorings und der späteren Evaluierung des Schweizer NAP 1325 sowie der Einbezug der Zivilgesellschaft werden in einer aktuellen Studie zu Nationalen Aktionsplänen in der OSZE-Region (2020) positiv bewertet.<sup>8</sup> Dank der aktiven Beteiligung der Zivilgesellschaft konnten besonders kritische Themen breiter diskutiert werden und praxisnahe Erfahrungen aus anderen Ländern besser in die verschiedenen Prozesse miteinbezogen werden. Darüber hinaus führte ein parlamentarischer Austausch der Schweizer Zivilgesellschaft dazu, dass sich [Sibel Arslan](#), [Yvonne Feri](#), [Rosemarie Quadranti](#) und [Carlo Sommaruga](#) als 1325-BotschafterInnen zur Verfügung stellten. Diese machten im Anschluss vier parlamentarische Vorstösse zum

Thema «Frauen, Frieden und Sicherheit» – unter anderem zu den Auswirkungen Schweizer Waffenexporte aus einer Genderperspektive.

---

## Verknüpfung des Nationalen Aktionsplans 1325 mit dem CEDAW-Übereinkommen

Bei der Entwicklung des vierten NAP 1325 wurden die Bestimmungen der Internationalen Frauenrechtskonvention (CEDAW) und speziell dessen Empfehlung Nr. 30 zu Frauen in der Konfliktprävention sowie in Konflikt- und Postkonfliktsituationen besonders berücksichtigt.<sup>9</sup> Erstmals werden die Empfehlungen des CEDAW-Ausschusses zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» an die Schweiz durch den NAP 1325 umgesetzt. Der vierte NAP 1325 nimmt auch die Empfehlungen des CEDAW-Ausschusses zum Waffenhandel und dessen Einfluss auf geschlechtsspezifische Gewalt (GBV) auf. Demnach sollen Waffenexporte in Zukunft daraufhin untersucht werden, ob sie in Zusammenhang mit GBV stehen.

Die Schweiz leistet dem CEDAW-Ausschuss einen finanziellen, politischen und inhaltlichen Beitrag zur Ausarbeitung einer «Allgemeinen Empfehlung» zum Frauen- und Mädchenhandel. Zudem unterstützt sie das Mandat der UNO Special Rapporteur against Trafficking in Persons, welches wiederum zur Empfehlung Nr. 30 beiträgt.

Schliesslich wird die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen und deren Schattenberichte von der Schweiz gefördert. So unterstützte die Schweiz bspw. das internationale zivilgesellschaftliche Netzwerk Global Network for Women Peacebuilders (GNWP) bei der Ausarbeitung eines Informationspapiers zu den Synergien zwischen der CEDAW und der UNSR 1325.<sup>10</sup>

---

8 Myrntinen, Henri, Laura Shepherd and Hannah Wright (2020) Implementing the Women, Peace and Security Agenda in the OSCE Region. Wien/London: OSCE/LSE WPS Centre <https://www.osce.org/secretariat/444577>.

9 [https://tbinternet.ohchr.org/\\_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=CEDAW/C/GC/30&Lang=en](https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=CEDAW/C/GC/30&Lang=en).

10 GNWP. Strengthening synergies between CEDAW and Women, Peace and Security Resolutions. Policy Brief 2018: [https://gnwp.org/wp-content/uploads/Policy-BriefGNWP-2018\\_13Sept\\_2018.pdf](https://gnwp.org/wp-content/uploads/Policy-BriefGNWP-2018_13Sept_2018.pdf).

## Ziel 1

# Wirkungsvoller Einbezug von Frauen in die Konfliktprävention

Die Schweiz ist überzeugt, dass der Einbezug von allen Bevölkerungsgruppen in politische Prozesse, insbesondere auch von Frauen, ein effektives Mittel zur Prävention von gewaltsamen Konflikten ist. Doch damit eine wirkungsvolle Beteiligung von Frauen überhaupt möglich ist, müssen bestehende Hürden wie etwa die wirtschaftliche Unsicherheit oder die strukturelle Ungleichheit zwischen den Geschlechtern eliminiert werden. Die Schweiz fördert internationale und zivilgesellschaftliche Organisationen darin, dass Frauen aktiver in politischen Entscheidungsprozessen mitwirken können. Dies beinhaltet einerseits sowohl projektbezogene als auch institutionelle Grundfinanzierung (core budget). Letzteres ist besonders wichtig, weil der Handlungsspielraum von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen weltweit in vielen Kontexten zunehmend kleiner und prekärer wird. So trägt die Schweiz wesentlich zum Kudget von UN Women, dem UNO Peacebuilding Fund und der UNO Sozial- und Wirtschaftskommission für West Asien (UN ESCWA) bei. Darüber hinaus leistet sie einen Kernbeitrag an internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Netzwerke wie das Global Network of Women Peacebuilders (GNWP), das International Civil Society Action Network (ICAN), die Arbeitsgruppe von NGOs zur UNSR 1325 (NGOWG), die Internationale Frauenliga für Frieden und Sicherheit (WILPF) und International Women's Rights Action Watch. Zusätzlich werden weltweit zahlreiche lokale Organisationen und Netzwerke in Konfliktregionen und fragilen Staaten finanziell unterstützt. Andererseits setzt die Schweiz das Ziel einer aktiven Beteiligung von Frauen in lokalen Entscheidungsprozessen durch konkrete Projekte in Afghanistan, der Demokratischen Republik Kongo (DRK), Honduras, Kamerun, Nepal und Myanmar um. Durch das Projekt «Femmes actrices de paix» im Norden Kameruns beispielsweise werden Kontakte und Dialoge zwischen gewaltbetroffenen Frauen und Jugendlichen mit Sicherheitskräften und politischen Entscheidungsträgern unterstützt. Schliesslich fordert die Schweiz ihre Aussenvertretungen in den überarbeiteten [Leitlinien zu MenschenrechtsverteidigerInnen](#) dazu auf, MenschenrechtsverteidigerInnen besonderen Schutz zu gewähren.

### Ausgewählte Resultate:

- ▶ Das EDA und swisspeace haben anhand verschiedener Analysen und Studien zivilgesellschaftliche Akteure identifiziert, die sich in mehreren Ländern (etwa im Norden Kameruns) für «Frauen, Frieden und Sicherheit» einsetzen. Ein Mapping verschiedener Akteure ermöglicht es, Frauenorganisationen zu identifizieren, die in Zukunft im Bereich Mediation unterstützt werden sollen.
- ▶ Das Projekt «Frauen als Akteure des Friedens: Stärkung der Solidarität und der Fähigkeit von Frauen, die Opfer extremer Gewalt sind, sich in Akteure des Friedens zu verwandeln» wurde vom Frauenmediennetzwerk Kamerun durch die Unterstützung der AMS ins Leben gerufen. Durch regelmässige Gruppentreffen und spezielle Schulungen werden von gewalttätigem Extremismus betroffene Frauen als Akteurinnen des Friedens ermutigt, Massnahmen für den Frieden und die Gewaltprävention zu ergreifen und sich gegenseitig zu stärken.
- ▶ Dank von der DEZA geförderten, inklusiven Dialogforen wurden in Myanmar und Nepal zivilgesellschaftliche Organisationen und vermehrt Frauen in politische Entscheidungsprozesse auf lokaler Ebene einbezogen.
- ▶ Das Afghanistan Urban Peacebuilding Programme der DEZA hat zum Ziel, lokale Aktivitäten zur Optimierung der Sicherheitssituation in den Nachbarschaftsstrukturen vor Ort zu verbessern. Treffen und Diskussionen, die im Rahmen des Projektes stattfanden und an denen jeweils rund 50% Frauen teilnahmen, mündeten in über 100 Vorschlägen zur Verbesserung der lokalen Sicherheitslage.
- ▶ Die von der DEZA durch die zivilgesellschaftliche Organisation Paung Ku initiierten Dialoge und über 400 Lehrveranstaltungen in Myanmar, an denen mindestens ein Drittel Frauen teilnahmen, hatten unter anderem die Reform des Sicherheitssektors zum Thema.



---

## **Bericht zur Rolle von Frauen in der Gewaltprävention und in PVE-Programmen**

Im Rahmen des zivilgesellschaftlichen Projektes zur Umsetzung des NAP 1325 wurde ein Bericht zum Verhältnis zwischen «Frauen, Frieden und Sicherheit» und Gewaltprävention erarbeitet.<sup>11</sup> Um die Schnittstellen zwischen der Prävention von gewalttätigem Extremismus (PVE) und der Rolle von Frauen besser zu verstehen, führten zivilgesellschaftliche Organisationen<sup>12</sup> eine Feldstudie in Kenia durch. Die Ergebnisse dieser Studie wurden anschliessend mit Erfahrungen aus Afghanistan, Bangladesch, Indien, Kirgistan, Mali, Palästina, den Philippinen, dem Vereinigtem Königreich und der Schweiz verglichen.

Der aus diesem Prozess resultierende, kritische Bericht zu den Auswirkungen dieser Verlinkung auf Frauenrechte sowie zur Rolle von Frauen in PVE-Programmen diente als Basis für einen Politikdialog mit der IDAG 1325 und für Diskussionen mit internationalen und nationalen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren anlässlich der Konferenz «Frauen, Frieden und Sicherheit: Reclaim Prevention» in Bern im Herbst 2019. Im Bericht wurden konkrete Empfehlungen für gender-sensitive PVE-Interventionen formuliert und es wurde aufgezeigt, wie eine menschenrechtsbasierte Gewaltprävention zugunsten von Geschlechtergleichstellung gefördert werden kann.

---

11 Mesok, Elizabeth (2019). Women, Peace and Security and the Prevention of Violence: Reflections from Civil Society in the Context of the Fourth Swiss National Action Plan 1325. Policy Brief. November 2019, Bern: PeaceWomen Across the Globe (PWAG), the Swiss Platform for Peacebuilding KOFF at swisspeace, and cfd: The Feminist Peace Organization. <https://www.swisspeace.ch/assets/publications/downloads/Reports/bfe9095801/20190827reportnap1325.pdf>.

12 PeaceWomen Across the Globe (PWAG), Die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF, swisspeace und cfd: The Feminist Peace Organization.

## Ziel 2

# Mitwirkung und Einfluss von Frauen in der Konfliktbeilegung und in Friedensprozessen

Studien zeigen, dass Friedensprozesse, welche die Anliegen aller Bevölkerungsgruppen berücksichtigen, zu stabilerem und nachhaltigerem Frieden führen.<sup>13</sup> Im Rahmen des vierten NAP 1325 stärkt die Schweiz deshalb die aktive Beteiligung von Frauen auf allen Stufen von Friedensprozessen. Dies gilt sowohl für die Einbindung von Frauen auf lokaler Ebene als auch auf höchstem diplomatischen Niveau. In Schulungs- und Ausbildungsprogrammen zu Mediation beispielsweise wird durchgängig darauf geachtet, dass Genderthemen zu den zentralen Kursinhalten gehören und dass ein ausgewogenes und geschlechtergerechtes Zulassungsverfahren stattfindet. Dadurch sollen eine gender-sensible Wissensvermittlung und eine ausgeglichene Geschlechtervertretung von zukünftigen Mediatorinnen und Mediatoren sichergestellt werden.

Die folgenden drei Beispiele zeigen Schweizer Frauen in Führungspositionen, die einen wesentlichen Beitrag zu internationalen Friedens- und Sicherheitsbemühungen leisten: Seit 2018 hat Botschafterin Christine Schraner Burgener die Position als UNO-Sondergesandte in Myanmar inne. Die Transitional Justice and Reconciliation Commission im Normalisierungsprozess in den Philippinen wird von der Schweizerin Mò Bleeker geleitet. Schliesslich wurde Ende 2019 Botschafterin Heidi Grau von der OSZE-Präsidentschaft als Sondergesandte für die Ukraine und Vorsitzende der trilateralen Kontaktgruppe in Minsk eingesetzt. Der Einsatz dieser drei erfahrenen Frauen zeigt den Ruf und die Qualität schweizerischer Expertise in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik auf. Es ist denn auch ein Ziel des NAP 1325, dass Frauen und Männer in Verhandlungsdelegationen und Mediationsteams gleichberechtigt vertreten sind. Um dies zu erreichen, werden weibliche Mitglieder in Verhandlungsteams auf multilateraler Ebene und im Konfliktkontext gefördert.

Darüber hinaus engagiert sich die Schweiz aktiv in regionalen und internationalen Organisationen wie der UNO, OSZE und der NATO zum Thema «Frauen, Frieden und Sicherheit» und zu entsprechenden Initiativen. Bei hochrangig besetzten Prozessen der UNO unterstützt die Schweiz die Gender-Strategie des UNO-Generalsekretärs und fördert die Entsendung weiblicher Expertinnen an die UNO, OSZE und andere internationale Organisationen. Zur Umsetzung dieses Ziels unterstützt ein Schweizer Secondment das Conflict Prevention Centre der OSZE. Als Mediation Support Officer bearbeitet Talia Wohl unter anderem das Thema «Inklusion von Frauen

in Friedensprozessen» und hat gemeinsam mit der Gender Section ein OSZE-spezifisches Toolkit<sup>14</sup> entwickelt. Darin werden konkrete Vorschläge und Massnahmen identifiziert, wie die Lücken zwischen informellen Prozessen und formellen Verhandlungen geschlossen werden können.

In Friedensprozessen, zu denen die Schweiz einen Beitrag leistet, wirkt sie darauf hin, dass auch auf lokaler und nationaler Ebene beide Geschlechter in den Delegationen der Parteien vertreten sind. So fördert die Schweiz die Teilnahme von jungen Frauen an lokalen Friedensinitiativen und Konflikt-resolutionsmechanismen im Ausland. Das AMS-Projekt Tujenge Amani! («Lasst uns Frieden schaffen!») in der DRK unterstützt die Mitwirkung von jungen Frauen an Dialogen zur Konfliktbeilegung mit Entscheidungsträgern. Dadurch werden die Rolle, der Einfluss und das Verantwortungsbewusstsein von Frauen und Jugendlichen in der Gesellschaft gestärkt.

### Ausgewählte Resultate:

- ▶ In der DRK wurden Frauen dank dem obgenannten Projekt der AMS aktiver in lokale Entscheidungsprozesse eingebunden.
- ▶ In Mediationsausbildungen werden vermehrt Genderthemen in den Unterrichtsstoff integriert. Im von der AMS geförderten Masterstudiengang «Mediation in Friedensprozessen» an der ETH Zürich ist die UNSR 1325 ein wichtiger Bestandteil.
- ▶ Bei Auswahlverfahren der AMS werden weibliche Mediatorinnen besonders berücksichtigt und es werden spezielle Einsatzmöglichkeiten identifiziert, um die aktive Teilnahme von Frauen in Friedensverhandlungen langfristig zu stärken.

<sup>13</sup> UN Women. Preventing Conflict, Transforming Justice, Securing the Peace. A Global Study on the Implementation of UNSCR 1325. UN Women. New York: 2015. <https://wps.unwomen.org/>.

<sup>14</sup> Siehe: <https://www.osce.org/secretariat/440735>.

---

### **Dank lokalen Friedenskreisen können Frauen in Mali zur nationalen Versöhnung beitragen**

In Mali arbeitet die Schweiz mit der lokalen NGO WiLDAF zusammen, die sich für Dialogprozesse zur Friedensförderung einsetzt. Seinen Anfang nahm das Projekt mit sogenannten Friedenskreisen<sup>15</sup>, wo Frauen aus allen Regionen des Landes unabhängig von Stand, Herkunft, Religions- oder Parteizugehörigkeit über die Zukunft Malis diskutieren. Frauen, die sich an den Friedenskreisen beteiligen, erhalten eine Ausbildung in Mediation und Versöhnung, die sie mit einem anerkannten Zertifikat abschliessen.

Inzwischen setzen sich einige dieser Frauen durch Dialogrunden in ihren Gemeinden dafür ein, dass das Friedensabkommen in der breiten Bevölkerung bekanntgemacht wird. Dabei können sie ihr erworbenes Wissen direkt anwenden und aktiv zur nationalen Versöhnung und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen. Allerdings ist der Einsatz der Frauen auf nationaler Ebene limitiert. Es fehlt an Strategien, wie die Empfehlungen von lokalen Akteuren in den formellen Friedensprozess aufgenommen werden können.

---

<sup>15</sup> Siehe: [https://www.youtube.com/watch?time\\_continue=34&v=2\\_ba8hoQsLI&feature=emb\\_logo](https://www.youtube.com/watch?time_continue=34&v=2_ba8hoQsLI&feature=emb_logo).

## Ziel 3

# Schutz vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in Konflikt-, Flucht- und Migrationskontexten

Die Schweiz engagiert sich auf verschiedenen Ebenen dafür, dass Betroffenen von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt (SGBV) Schutz geboten und gleichzeitig eine effektive Strafverfolgung gewährleistet wird. Vorfälle von sexueller Ausbeutung und Missbrauch werden nicht zuletzt vom UNO-Generalsekretär in ihrem verheerenden Ausmass unterstrichen und verurteilt.<sup>16</sup> Die Schweiz verfolgt eine Null-Toleranz-Politik gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (SEA). Teil davon ist es, dass das Schweizer Einsatzpersonal umfassend geschult und unterstützt wird. Das EDA hat im Jahr 2018 einen Verhaltenskodex für seine Mitarbeitenden im Ausland verabschiedet und auf diversen Kanälen bekannt gemacht. Dieser EDA-Verhaltenskodex wurde anschliessend um einen Fragen-und-Antworten-Teil (FAQ) ergänzt.<sup>17</sup> Die Schweiz hat sich ausserdem dem SEA Compact des UNO-Generalsekretärs angeschlossen und leistet einen finanziellen Beitrag zum SEA Trust Fund der UNO.

Im Kosovo, Irak, Jordanien, Libanon, Syrien und in der Region Grosse Seen leisten die DEZA und die AMS finanzielle Beiträge an zivilgesellschaftlich geleitete Zentren, in denen Opfer von sexueller Gewalt und Folter betreut werden. Im Flucht- und Migrationskontext Griechenland hat das Staatssekretariat für Migration (SEM) in den Jahren 2018 und 2019 das Projekt OIKOS der NGO Zeuxis mitfinanziert. OIKOS ist ein Tageszentrum für Familien sowie ein Aufnahmezentrum für unbegleitete minderjährige Asylsuchende weiblichen Geschlechts, in welchem diese Schutz vor psychischer und physischer Gewalt sowie eine angemessene Betreuung erhalten. Im Rahmen von Projekten in der Mongolei, in Myanmar und Nepal zu Gewaltprävention und Familienplanung werden gezielt auch Männer angesprochen. Das Schweizer Engagement bezieht sich besonders auf die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Prävention von SGBV, einschliesslich Männern, Frauen, Mädchen und Jungen, älteren Personen und Menschen mit Behinderungen. In Afghanistan fördert ein DEZA-Projekt die opferzentrierte Strafverfolgung und den effektiven Zugang zur Justiz für Betroffene von SGBV. Auf multilateraler Ebene leistet die Schweiz wesentliche finanzielle Beiträge zur Umsetzung des humanitären Völkerrechts durch den internationalen Strafgerichtshof.

Ferner setzt sich die Schweiz für einen besseren Schutz von Einzelpersonen ein, indem sie sich zu einer

informationsbasierten Entscheidungsfindung bzw. faktenbasierter Politikgestaltung verpflichtet hat. Es werden unter anderem Analysemethoden durch die AMS finanziert, die aufschlüsseln, ob und wie Frauen bzw. Männer von einem zum anderen Ort migrieren.

Ein weiteres zentrales Anliegen des vierten NAP 1325 ist die Eindämmung von Menschenhandel sowohl in multilateralen Gremien als auch im Rahmen von Projekten, wie sie bspw. von der [Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration \(FIZ\) umgesetzt werden](#).

Im Ausbildungszentrum des Kompetenzzentrums SWISSINT (VBS) werden alle Armeeangehörigen ausgebildet, die einen freiwilligen Auslandseinsatz im Rahmen der Friedenssicherung leisten. Die einsatzspezifische Ausbildung unterscheidet sich entsprechend der Einsatzform und -unterstellung, also für UNO-Einsätze, für UNO-, NATO- und EUFOR-mandatierte Missionen sowie für humanitäre Einsätze. Insgesamt werden dazu drei unterschiedliche Grundausbildungskurse angeboten: Swiss United Nations Military Observer Course (SUNMOC) für MilitärbeobachterInnen und StabsoffizierInnen, Ausbildungskurs für den Kosovo und für die Liaison und Observation Teams in Bosnien und Herzegowina (SWIS-SCOY/LOT), sowie Introductory Course for Peace Support Operations. Alle drei Kurse beinhalten theoretische Module und praktische Übungen, die eine Vorbeugung von SGBV behandeln.

Den Empfehlungen des CEDAW-Ausschusses von 2016 folgend, setzt sich die Schweiz für eine stärkere Überwachung des Gebrauchs von Kleinwaffen ein. Ein von der Schweiz unterstütztes Ausbildungsprojekt vom UN Office for Disarmament Affairs (UNODA) und der OSZE soll den Zugang von Frauen zum Bereich Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie zu entsprechenden Mentoring-Programmen erleichtern. Weitere UNODA-Programme fördern den Austausch zu Abrüstungsthemen durch Dialoge und Gesprächsforen (UNIDIR High-Level Political Forum 2019, UN Kleinwaffenprogramm).

<sup>16</sup> Siehe zum Beispiel: [https://www.youtube.com/watch?v=oXuAyCqGZrA&feature=emb\\_title](https://www.youtube.com/watch?v=oXuAyCqGZrA&feature=emb_title).

<sup>17</sup> Siehe EDA Webseite: <https://www.eda.admin.ch/respect/en/home.html>.

### Ausgewählte Resultate:

- ▶ Die AMS hat sich 2018 dafür eingesetzt, dass Genderthemen an der dritten Überprüfungskonferenz des UNO-Kleinwaffenaktionsprogrammes angesprochen werden. Das daraus resultierende Schlussdokument legt in sieben Paragraphen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen dar.
- ▶ Durch die systematische Eingliederung von themenspezifischen Modulen in die Einführungsschulung und Weiterbildung wurden die Kapazitäten der Mitglieder der Abteilung Humanitäre Hilfe der DEZA bezüglich Vorbeugung von sexuellem Missbrauch verbessert.
- ▶ In der Region der Grossen Seen ermöglichte ein Projekt der DEZA 25'500 von Gewalt betroffenen Personen (davon 72% Frauen) Zugang zu psychosozialen Unterstützungsprogrammen.
- ▶ In Afghanistan wurden dank einem DEZA-Projekt die Kapazitäten des Justizministeriums im Bereich der Überprüfung und dem Erlass von Gesetzen und Rechtsprechungen im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards erweitert.
- ▶ Durch das von der AMS geförderte Programm «Women's Initiatives for Gender Justice» (WIGJ) wurde Opfern von sexueller Gewalt in Uganda und der DRK Zugang zu sogenannten Transithäusern und zu Gerichten verschafft.
- ▶ In allen Bundesasylzentren der Schweiz sind seit dem 1. März 2019 verbindliche Vorgaben in Kraft, um frauenspezifischen Bedürfnissen in der Unterbringung Rechnung zu tragen und zur Prävention von SGBV in Bundesasylzentren beizutragen.

---

### Neue Erkenntnisse dank Studie zu den Bedürfnissen geflüchteter Frauen in der Schweiz

Eine neue «Analyse der Situation von Flüchtlingsfrauen» untersucht die Bedürfnisse geflüchteter Frauen in der Schweiz in Bezug auf SGBV. Diese im Jahr 2017 vom Bundesrat in Auftrag gegebene Studie wurde vom SEM zusammen mit der Konferenz der kantonalen SozialdirektorInnen (SODK) erarbeitet und durch eine Begleitgruppe bestehend aus BAG, BJ, UNHCR sowie mehreren NGOs unterstützt. Gleichzeitig leitete das SEM im Rahmen der Asylgesetzrevision verschiedene Massnahmen zum Schutz von Frauen vor SGBV ein und legte entsprechende Mindeststandards für die Unterbringung in Bundesasylzentren fest. Im Oktober 2019 verabschiedete der Bundesrat den ausführlichen Amtsbericht des SEM und einen kürzeren Bundesratsbericht mit Empfehlungen zur weitergehenden Verbesserung der Situation von weiblichen SGBV-Opfern und zur Prävention von SGBV-Fällen in Bundesasylzentren.

## Ziel 4

# Beteiligung von Frauen an Friedenseinsätzen und in der Sicherheitspolitik

Eine ausgeglichene und gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern in Friedenseinsätzen und in der Sicherheitspolitik ist ein weiteres zentrales Anliegen des vierten NAP 1325. Die Schweiz betont die wichtige Rolle von Polizistinnen und Soldatinnen im Einsatz und ist bemüht, mittels Analysen die noch bestehenden Hürden für Kandidatinnen bei Polizei und Militär zu identifizieren. In der Vor- und Nachbereitung von Auslandseinsätzen wird ziviles und militärisches Einsatzpersonal durch einen gezielten Austausch und obligatorische Kurse zum Thema «Frauen, Frieden und Sicherheit» geschult. Die aus den strukturierten Rückführungsgesprächen (Debriefings) gewonnenen Erkenntnisse werden in die Planungsprozesse für zukünftige Missionen integriert und in den Ausbildungen berücksichtigt.

Für die Schweiz stellt die Umsetzung der rechtlichen Bestimmungen zur Entsendung von Friedensförderungspersonal eine Herausforderung dar. So sind für Frauen der Militärdienst und der Friedensförderungsdienst freiwillig. Eine weitere Herausforderung ist das von der UNO vorgegebene Ziel bezüglich dem Anteil von Militärbeobachterinnen und Stabsoffizierinnen am entsandten Personal zu Gunsten der militärischen Friedensförderung (bis 2028 auf 25%+ Frauen). Der Grund dafür liegt im Anforderungsprofil der UNO, das sich von demjenigen der Schweizer Armee unterscheidet. Um als MilitärbeobachterIn und StabsoffizierIn entsandt werden zu können, wird in der Schweizer Armee eine Offiziersausbildung vorausgesetzt. Die UNO hingegen hat das Anforderungs- und Ausbildungsprofil deutlich reduziert und akzeptiert auch weibliche Unteroffizierinnen. Gelungen ist der Schweiz jedoch der vergleichsweise hohe Anteil von Frauen in Militärkontingenten in Friedensförderungsmissionen. Das Ziel der UNO, bis 2028 einen Frauenanteil von 15%+ aufzuweisen, hat die Schweiz bereits erreicht.

Frauen sind nach wie vor in Friedensverhandlungen und in sicherheitspolitischen Entscheidungsgremien stark unterrepräsentiert. Um dem entgegenzuwirken, werden im OSZE-UNODA «Scholarship for Peace and Security»-Programm junge Frauen in sicherheitsrelevanten, aber traditionell männerdominierten Bereichen wie Waffenkontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung von Kernwaffen ausgebildet. In diesem vom EDA mitfinanzierten Programm nahmen alleine im Jahr 2019 insgesamt 100 Personen teil, 90 davon Frauen.

Ausserdem unterstützt die Schweiz die Entwicklung und Durchführung von Mediationskursen, die eine Geschlechterperspektive in ihre Inhalte und Methodik miteinzubeziehen. Beispielsweise hat die Schweiz gemeinsam mit der Ecole de Maintien de la Paix (EMP) in Mali im Jahr 2018 einen Mediationskurs mit Schweizer und internationalen ExpertInnen organisiert. 2019 wurde ein weiterer Kurs in Zusammenarbeit mit Kanada durchgeführt. Dabei wurde neben einer thematischen Behandlung von «Frauen, Frieden und Sicherheit» auch auf eine Teilnahme von mindestens 30% Frauen geachtet.

### Ausgewählte Resultate:

- ▶ Das Bundesamt für Polizei (fedpol) hat einen Artikel über weibliche Polizistinnen veröffentlicht<sup>18</sup> und damit auf ihren Beitrag zu einer inklusiven Sicherheitspolitik aufmerksam gemacht.
- ▶ Die Schweizer Armee bemüht sich Frauen in die Armee zu rekrutieren, indem sie z.B. konsequent eine Geschlechterperspektive in alle Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen integriert.
- ▶ Das VBS hat eine Arbeitsgruppe geschaffen, die zusammen mit Frauen aus der Wirtschaft, Thinktanks und aus der Bundesverwaltung gezielte Massnahmen zur Förderung von Frauen in der Armee sucht.
- ▶ Schliesslich verfügt das VBS seit April 2019 über die neu geschaffene Fachstelle Diversity Schweizer Armee. Diese ist zuständig für alle Belange zum Umgang mit Diversität und Minderheiten und bietet diesbezüglich auch entsprechende Beratung und Fachinformation an. Zudem schafft sie die Grundlagen, dass sämtliche Milizangehörige der Schweizer Armee, unabhängig von deren Geschlecht und geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung, Alter, Sprache, Physiologie und Psychologie, Kultur, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion sowie sonstiger Weltanschauungen und Lebensstile, ihren Militärdienst erfolgreich leisten können.

<sup>18</sup> Siehe online Artikel: «Schweizer Polizistinnen für den Frieden in der Welt.» <https://www.vspb.org/content/docs/003%20Aktuell/1%20Verbandszeitung%20police/10-19%20DE%20Polizistinnen.pdf>.

---

## **Förderung von geschlechtersensibler Polizeiarbeit in Honduras**

Das Citizen Security-Programm in Honduras fördert die Geschlechtersensibilität der Polizei, indem es geschlechtsspezifische Komponenten in die strategische Planung einbezieht, Gender- und Menschenrechtsfragen in die Ausbildung der Polizeikräfte integriert und junge Polizistinnen aktiv fördert. Durch dieses von der DEZA finanzierte Programm soll die Effektivität der Polizei erhöht und dadurch die Sicherheit der Zivilbevölkerung besser gewährleistet werden.

Das Programm unterstützt den Austausch zwischen Sicherheitskräften und der Zivilgesellschaft, fördert die Ausarbeitung lokaler Sicherheitspläne und bezieht Frauengruppen aktiv in die Planungsprozesse mit ein. In der nationalen Polizei werden Protokolle zur angemessenen Behandlung von Opfern häuslicher Gewalt institutionalisiert und Polizeistationen sowie Prozesse im Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse von gewaltbetroffenen Frauen und Männern umstrukturiert.

Im Jahr 2019 wurden im Rahmen der zivilen Polizeiarbeit Arbeitsgruppen gebildet – darunter eine im Bereich Geschlechtergerechtigkeit. Letztere wird für die Analyse von Gleichstellungsfragen innerhalb der Polizei und deren Arbeit mit Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt verantwortlich sein.

## Ziel 5

# Multi- und bilaterales Engagement der Schweiz zu «Frauen, Frieden und Sicherheit»

Die Schweiz setzt sich auch auf multi- und bilateraler Ebene für eine kohärente Umsetzung und Weiterentwicklung der Agenda zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» ein, indem sie nebst spezifischen Projekten auch internationale und regionale Organisationen unterstützt wie bspw. die UNO und OSZE. Seit ihrer Gründung im 2010 wird ein Kernbeitrag an die UNO-Agentur zur Gleichstellung und Stärkung der Stellung der Frauen (UN Women) geleistet. Ausserdem unterstützen entsandte SchweizerInnen die Arbeit zu Gleichstellungsfragen in Institutionen wie der Abteilung für politische und friedensbildende Angelegenheiten (DPPA) der UNO, dem Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) oder der Afrikanischen Union. In relevanten Gremien wie dem UNO-Menschenrechtsrat und anderen UNO-Ausschüssen sowie während den offenen Debatten des UNO-Sicherheitsrats macht sich die Schweiz regelmässig für die Integration und Umsetzung von «Frauen, Frieden und Sicherheits»-Anliegen stark. Dies geschieht nicht zuletzt durch die enge Verknüpfung mit den Bestimmungen und Rechtsmechanismen von CEDAW. Die Schweiz setzt sich an verschiedenen Stellen des NAP 1325 für die normative Weiterentwicklung, Umsetzung und Sichtbarkeit dieses Regelwerks ein (vgl. Box «Verknüpfung des Nationalen Aktionsplans 1325 mit dem CEDAW-Übereinkommen»).

Als etablierte internationale Dialogpartnerin engagiert sich die Schweiz zusammen mit gleichgesinnten Staaten in Netzwerken wie etwa der Group of Friends zu 1325. Der gemeinsame Vorsitz des Women, Peace and Security – Focal Point Network (WPS-FPN) im 2021 mit Südafrika wird es der Schweiz ermöglichen, die internationale Agenda zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» zu gestalten und voranzutreiben.

Ausserdem fördert die Schweiz im Rahmen des aktuellen NAP 1325 weiterhin strategisch relevante zivilgesellschaftliche Organisationen wie die NGO Working Group on Women, Peace and Security (NGOWG), das Global Network for Women Peacebuilders (GNWP), Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) und PeaceWomen Across the Globe (PWAG). Diese Dachorganisationen vereinen Frauenrechtsorganisationen aus der ganzen Welt und leisten einen partizipativen Beitrag zur internationalen Weiterentwicklung der «Frauen, Frieden und Sicherheit»-Agenda und zur kritischen Beurteilung der bisherigen Umsetzung entsprechender Resolutionen in den verschiedenen Ländern.

Schliesslich ermutigt die Schweiz andere Staaten auf multi- und bilateralem Weg, die Agenda zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» durch Nationale Aktionspläne systematisch umzusetzen. Einige Partnerländer werden bei der Ausarbeitung ihres NAP 1325 durch Expertise und Finanzbeiträge unterstützt (vgl. Box «Globales Frauennetzwerk sorgt im Tschad für umfassende Expertise zu NAP 1325-Entwicklung»). Ebenfalls durch einen finanziellen Beitrag gefördert wird das Centre for Women des United Nations Economic and Social Commission for West Asia (ESCWA), das sich für die NAP-Entwicklung und -Verbesserung in der MENA-Region einsetzt. ESCWA trägt durch thematische Schulungsprogramme und einem [regionalen Austausch](#)<sup>19</sup> zur Vernetzung und zur Wissenssteigerung über «Frauen, Frieden und Sicherheit» in der Region bei.

### Ausgewählte Resultate:

- ▶ Das vom EDA geförderte internationale GNWP hat ein zivilgesellschaftliches Konzeptpapier zur Verknüpfung von CEDAW und der UNSR 1325 veröffentlicht und damit auf die möglichen Verbindungen zwischen den beiden Mechanismen aufmerksam gemacht.
- ▶ Ebenfalls dank GNWP konnten in der Ukraine die Kapazitäten von lokalen Frauenorganisationen so gestärkt werden, dass ihre CEDAW-Schattenberichte und deren Verknüpfung zu Frauen-, Frieden- und Sicherheitsthemen klarer formuliert wurden.
- ▶ Zusammen mit dem Hochkommissariat für Menschenrechte, GNWP und UN Women wurde an der UNO in Genf ein Side Event anlässlich der 72. Session des CEDAW-Ausschusses organisiert. An der Paneldiskussion wurden die bisherigen Bemühungen zur Stärkung der Synergien zwischen CEDAW und der «Frauen, Frieden und Sicherheit»-Agenda reflektiert und bestehende Herausforderungen für Staaten, den CEDAW-Ausschuss und den UNO-Sicherheitsrat besprochen.

<sup>19</sup> Siehe Webseite von UN ESCWA: <https://www.unescwa.org/events/high-level-conference-women-peace-and-security-measuring-progress-and-addressing-gaps>.



---

### **Globales Frauennetzwerk sorgt im Tschad für umfassende Expertise zu NAP 1325 – Entwicklung**

Das EDA unterstützt zusammen mit dem internationalen Frauennetzwerk GNWP die Regierung und das Ministère de la Femme im Tschad bei der Umsetzung der nationalen «Frauen, Frieden und Sicherheit»-Agenda. Dank der Erfahrung des weltweit etablierten GNWP kann dem Tschad technische und inhaltliche Expertise zur Verfügung gestellt werden und es können Erkenntnisse aus anderen Ländern für die NAP 1325-Entwicklung genutzt werden. Bereits durchgeführt wurden unter anderem eine Kontextanalyse, nationale Konsultationen mit lokaler Zivilgesellschaft und bilaterale Treffen mit den Ministerien. Eine Bestandsaufnahme soll dazu dienen, klare Umsetzungsziele und -prozesse zu formulieren. In Zukunft wird das GNWP die Regierung dabei unterstützen, einen eigenen NAP 1325 zu formulieren und durch interaktive Konsultationen möglichst viele unterschiedliche Akteure aktiv in diesen Prozess miteinzubeziehen.

Ein starker politischer Wille der Regierungsvertretenden lässt darauf schliessen, dass auch in den nächsten Monaten die Entwicklung des NAP 1325 partizipativ und inklusiv verlaufen wird. Damit wird nicht nur das NAP-Dokument an sich, sondern vor allem der Prozess zur Sensibilisierung und Stärkung der nationalen Kapazitäten im Bereich «Frauen, Frieden und Sicherheit» beitragen.

---

### **Sekundiert bei der NATO – Erfahrungsbericht von Rachel Gasser**

Die Schweizerin Rachel Gasser arbeitet als Beraterin im Büro der Sonderbeauftragten zu Frauen, Frieden und Sicherheit bei der NATO (Human Security Unit) und baut dabei auf 15 Jahre Arbeitserfahrung in diesem Themenbereich.

Zu ihren Aufgaben gehören die systematische Eingliederung unterschiedlicher Interessen von Frauen und Männern in sämtliche Vorhaben und Prozesse der NATO, aber auch die Koordination entsprechender Arbeitsgruppen (Gender Task Force). Inhaltlich arbeitet Rachel Gasser unter anderem zur Prävention von Menschenhandel und an der Entwicklung von Frühwarnsystemen, die eine Geschlechter-Perspektive zu Frieden und Sicherheitsfragen integrieren.

Gemäss Rachel Gasser ist das Schweizer Engagement elementar, um die in der UNSR 1325 gesetzten Ziele zu erreichen. «Insbesondere durch die freiwilligen Beiträge zur NATO (Voluntary National Contribution), aber auch durch Sekundierungen wie meine und durch die Unterstützung von Dialogforen zwischen Zivilgesellschaft und Entscheidungsträgern leistet die Schweiz sehr wertvolle Beiträge zu Frauen, Frieden und Sicherheit.»

# 3 Einschätzung der bisherigen Umsetzung des vierten Nationalen Aktionsplans 1325 und Ausblick auf die Jahre 2020–2021

Der Schweizer Ansatz zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» zeichnet sich durch ein aktives Engagement aus: vier Nationale Aktionspläne zur Umsetzung der UNSR 1325 seit 2007, Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft als Partnerin in der Ausarbeitung und Umsetzung des NAP 1325, Fokus auf Rechenschaftspflicht<sup>20</sup>, Verlinkung mit Menschenrechtsmechanismen (z.B. CEDAW), institutionelle Verankerung in sicherheitsrelevanten Bereichen (über die IDAG 1325), gezielte Förderung auf lokaler Ebene durch konkrete Projekte sowie langfristige Kernbeiträge an internationale Organisationen und NGOs. Dieser umfassende und partizipative Ansatz stösst im In- und Ausland auf positive Resonanz und wird von der Schweiz auch in Zukunft so weitergeführt.

Dank dem vorliegenden Zwischenbericht zum vierten NAP 1325 und der internen Monitoring-Tabelle, in welche die IDAG 1325-Mitglieder ihre Umsetzungsmassnahmen eintragen, konnten wichtige Resultate, Herausforderungen und Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Die regelmässige Berichterstattung ermöglicht es der IDAG 1325, über die Nützlichkeit und Wirkung der verschiedenen Massnahmen des NAP 1325 zu reflektieren und diese bei Bedarf anzupassen. Verschiedene Organisationseinheiten und die Zivilgesellschaft berichten in der Monitoring-Tabelle von Dialogforen, die zu Ideen und Vorschlägen für die weitere Umsetzungsphase geführt haben. An anderer Stelle wird angeregt, dass lokale Akteure noch aktiver in die Prozesse miteinbezogen werden sollen. Gleichwohl werden in der Monitoring-Tabelle noch bestehende Hürden für Frauen in Entscheidungsprozessen aufgezeigt, die in Zukunft angegangen werden sollten. Hierzu werden Analysen durchgeführt, die darstellen sollen, wie der Frauenanteil in nationalen und internationalen Einsätzen erhöht werden kann. In vielen Ländern und Kontexten werden Frauen auf lokaler und nationaler Ebene noch immer ausgeschlossen und ihre

Beiträge nicht ausreichend gehört. Damit Friedensprozesse nachhaltiger und inklusiver gestaltet werden können, muss den Anliegen von Frauen weltweit mehr Gewicht gegeben werden. Wie positiv sich die aktive Beteiligung von Frauen auf Friedensprozesse auswirken kann, haben beispielsweise die Friedenskreise in Mali gezeigt.

Die Schweiz wird auch in Zukunft die Umsetzung der Agenda zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» durch lokale Projektarbeit, auf nationaler Ebene sowie im bi- und multilateralen Bereich weiter propagieren. Angesichts des global zunehmenden Widerstands gegen Frauenrechte und menschliche Sicherheit im Allgemeinen wird die Schweiz ihre Verpflichtung zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» ganz bewusst erneuern und bekräftigen. Themen wie geschlechtergerechte Mediation, Eindämmung von Kleinwaffengewalt, Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen und die Einbindung von Genderaspekten in die Prävention von gewalttätigem Extremismus werden weiterhin gefördert. Das Schweizer Engagement wird sich nicht nur in politischen Debatten, sondern auch in der konkreten Umsetzung von Projekten widerspiegeln. Dabei bleibt der aktive Einbezug der Zivilgesellschaft auf nationaler und internationaler Ebene ein zentraler Bestandteil der Umsetzungsstrategie dieses vierten NAP 1325.

Angesichts der diesjährigen Jubiläen (75 Jahre UNO, 25 Jahre Beijing Konferenz, 20 Jahre UNSR 1325, 10 Jahre UN Women und 5 Jahre SDGs) wird die Schweiz ihre im vierten NAP 1325 aufgeführten Massnahmen nicht nur weiter umsetzen, sondern ihre Bemühungen zusätzlich intensivieren. Anlässlich des Women, Peace and Security High-Level Commitments Events im April 2019 hat die Schweiz vier Pledges angekündigt, die bis zum Jubiläum der UNSR 1325 im Oktober 2020 umgesetzt werden: Unterstützung des Tschads bei der Entwicklung eines NAP 1325, finanzielle Unterstützung der Schweiz für die Erarbeitung eines Policy Briefs zu «Linkages between corruption, human rights and the WPS agenda» durch GNWP, Aktualisierung der Leitlinien zu MenschenrechtsverteidigerInnen sowie eine Voluntary National

<sup>20</sup> Z.B. Accountability/Consolidation/Transparency Initiative, Engagement zu International Humanitarian Law.

Contribution ans Büro der Sonderbeauftragten zu «Frauen, Frieden und Sicherheit» bei der NATO. Wie oben dargelegt, ist die Umsetzung dieser vier Pledges auf bestem Wege. Zum 20-jährigen Jubiläum der UNSR 1325 wird die Schweiz einen Event in Genf organisieren und damit die Möglichkeit bieten, über die Schwerpunkte der aktuellen «Frauen, Frieden und Sicherheit»-Agenda zu diskutieren und einen Rückblick auf die Entwicklungen der vergangenen 20 Jahre zu wagen.

Das Jahr 2021 wird ein weiterer Meilenstein: Die Schweiz übernimmt zusammen mit Südafrika den jährlich rotierenden Vorsitz des Women, Peace and Security-Focal Point Netzwerkes (WPS-FPN), nachdem sie dieses Jahr bereits als Troika-Mitglied fungiert. Im Rahmen ihres Vorsitzes werden die Schweiz und Südafrika jeweils eine internationale Konferenz in ihren Ländern ausrichten sowie eine Veranstaltung in New York am Rande der UNO-Generalversammlung organisieren. Die Schweiz wird das Vorsitzjahr nutzen, um gezielte Themen weiterzubringen, ihre prioritären Anliegen zur aktuellen «Frauen, Frieden und Sicherheit»-Agenda voranzutreiben und zu einer effizienten Vernetzung der relevanten Akteure beizutragen. Zu den thematischen Prioritäten für das Vorsitzjahr zählt unter anderem die aktive, gleichberechtigte und wirkungsvolle Beteiligung von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen und in der Konfliktprävention. Dabei soll der Fokus auf konkreten Aktivitäten zur Umsetzung bereits bestehender Resolutionen liegen und mit spezifischen Zielen verbunden werden. So wird es der Schweiz auch in Zukunft gelingen, sich als glaubwürdige aussenpolitische Akteurin für das Thema «Frauen, Frieden und Sicherheit» einzusetzen.

## Impressum

### Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA  
3003 Bern  
[www.eda.admin.ch](http://www.eda.admin.ch)

### Redaktion:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA  
**Politische Direktion PD**  
Abteilung Menschliche Sicherheit AMS  
Genderstabstelle  
Bundesgasse 32  
3003 Bern  
Telefon +41 58 462 30 50  
[www.eda.admin.ch/ams](http://www.eda.admin.ch/ams)

in Zusammenarbeit mit:



### Gestaltung:

Team Audiovisuell EDA, Kommunikation EDA, Bern

Diese Publikation ist auch in Englisch erhältlich und kann unter [www.eda.admin.ch/publikationen](http://www.eda.admin.ch/publikationen) heruntergeladen werden.

Bern, 2020 / © EDA